

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 45.

Mittwoch, 17. April.

1878.

## Aufklärung.

Aufklärung und Ueberzeugung sollen in die Volksmassen getragen werden, damit dieselben befähigt und bewogen werden, die Leitung ihrer Geschicke in die eigene Hand zu nehmen — so lautet die vornehmlichste Parole der Sozialdemokratie. — Deshalb unterstützen wir auch in der heutigen Gesellschaft schon alle ernsthaften Bildungsbestrebungen, wir sind erfreut über die Fortschritte der Wissenschaften, wir loben jedes Gemeinwesen, welches für die Erziehungsanstalten der Jugend Hervorragendes leistet, wir tadeln die modernen Kulturstaaten, daß sie den rohen Militarismus als ein Bildungsinstitut anpreisen und die Volksschulen wie ein Abschreiber behandeln — wir nennen uns deshalb auch mit einem gewissen Stolz die Partei der Aufklärung, der lichtvollen Zukunft.

Politische Freiheit und soziale Gleichheit wollen wir erringen und unsere Hauptkämpfer sind eben die Bildung und die Aufklärung des Volkes.

Daß wir diese Bildung und Aufklärung nimmermehr voll und ganz erreichen können während unseres Kampfes, ist uns wohl bewußt, da zu derselben auch ein gewisser materieller Wohlstand des ganzen Volkes gehört — deshalb behandeln wir auch die politische Freiheit, die soziale Gleichheit und die allgemeine Bildung als etwas Einheitsliches, welches zusammen angestrebt werden muß und deren einzelne Theile sich gegenseitig stützen und fördern.

Daß die reaktionären Gewalten in unserem Bestreben nur den Umsturz und in richtigem Instincte in dem Niederkalten der allgemeinen Bildung die einzige Schutzmaßregel gegen den fortschreitenden Geist der Zeit erblicken, ist uns sehr erklärlich. Wir begreifen deshalb, daß der Militarismus, das heißt die rohe Macht gehet und gepflegt wird, wir begreifen, daß die Volksschule so traurige Erscheinungen, Lehrermangel, schlechte Besoldung der Lehrer, äußerst primitive Lehrmittel etc. zeigt, wir wundern uns deshalb auch nicht und halten alle weiseren Menschen entweder für Dummköpfe oder Betrüger, welche dem Volke gegenüber erklären, daß es Aufklärung und Freiheit von den auf alle Traditionen und neue und einseitige Machtverhältnisse aufgebauten Regierungssystemen zu erhoffen habe.

Bei uns hat deshalb — und wir verweisen hierbei auf den Artikel: „Die Lage der Volksschule in Preußen“ in Nr. 43 des „Vorwärts“ — auch nachstehende Notiz, welche durch mehrere pädagogische Blätter läuft und auf die Schulverhältnisse der Provinz Sachsen, die doch mit die Besten im Königreiche Preußen sind, ein eigenthümliches Licht wirft, kein besonderes Ersauern erregt:

„Das Dorf W., Kreis Nordhausen, hat binnen 17 Jahren 14 Lehrer gehabt. Die Stelle hat mit der Staatszulage ein Einkommen von etwa 700 Mark neben Wohnung und Feuerung, so daß ein verheiratheter Lehrer es immer nur kurze Zeit ausübt. Weist amirenen Präparanden oder „frühzeitig reif“ gewordene Seminaristen“ in W. Der letzte Lehrer ist nur vier Wochen in W. gewesen. Jetzt ist man gewillt, seinen Vorgänger, der sein erstes Examen noch nicht bestanden hat, zurückzurufen.“

Der Aufklärung des Volkes, welche die Sozialdemokratie erstrebt, wird somit das ernste Bestreben entgegengesetzt, das Volk in der Bildung nicht vorwärts kommen zu lassen, jedenfalls damit „die Aufklärungsbäume nicht in den Himmel wachsen“.

Aber die Liberalen! Sie wollen doch auch Aufklärung, wird man rufen, sie erklären doch immer, daß die Schulbildung erhöht werden, ja sie sagen, daß durch die Aufklärung des Volkes die Sozialdemokratie bekämpft werden müsse.

Nichts als leere Phrasen, nichts als ein Köder, der dem Volke hingeworfen wird. Leere Phrasen deshalb, weil ein Staat, dem gerade die Liberalen fast zwei Drittel aller Steuergroschen für den Militarismus bewilligen, kein Geld übrig hat für das Erziehungswesen; ein Köder deshalb, weil die Herren Liberalen ebenso gut, wie die Regierung, aus Erfahrung wissen, daß die Sozialdemokratie am Leichtesten und am Tiefsten Wurzel schlägt, wo die Schulbildung und die allgemeine Bildung am Höchsten ist, daß es also geradezu ein lächerliches Beginnen wäre, die Aufklärung mit der Aufklärung todtschlagen zu wollen.

Was aber die Liberalen und Fortschrittler mit ihrer Aufklärung bezwecken, ist folgendes: Sie wissen, daß wenn die Bildung und die Wissenschaften in einer oder einigen Klassen der Bevölkerung besonders cultivirt werden, und wenn auch nur in oberflächlicher Weise, daß diese Klassen dann die anderen leicht beherrschen und auch der Regierung einen gewissen Damm entgegenzusetzen können. Deshalb werden auch alle diejenigen Anstalten besonders berücksichtigt, in welchen die Jugend der besitzenden Klassen unterrichtet wird.

So ist thatsächlich die Beförderung der Bildung und Aufklärung, wie sie die Liberalen und Fortschrittler wünschen, nichts anderes als ein Attentat auf die Freiheit und die Aufklärung. Weiden Feinden gegenüber haben wir Stellung zu nehmen und dürfen solche Position auch nimmermehr preisgeben. Den offenen Verwundungenversuchen und den hässlichen Phrasen gegenüber müssen wir immer das Banner hochhalten, auf welchem die leuchtenden Worte stehen:

„Freiheit und Aufklärung des ganzen Volkes.“

## Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

(Schluß.)

Nur „nützliche, zweckmäßig veranlagte“ Arbeit, so versichert uns Herr Marx wiederholt, ist werthbildend; die Ziel- und zweck-

los, ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Gebrauchswert veranlagte Arbeit kann bei einer ernsthaften Betrachtung über die Entstehung der Werthe ebenso wenig berücksichtigt werden, wie etwa die „Arbeit“ des Kindes, das mit seinen Faustweimen ein Haus aufbaut, um es im nächsten Moment wieder zusammenzuwerfen, oder auch die „Arbeit“ der Herren Böhmert, Richter und Compagnie, den Sozialismus mit „geistigen Waffen“ zu vernichten. Alles kindliches Spiel, aber keine „nützliche, zweckmäßig veranlagte“ Arbeit und darum auch nichts werth! Während z. B., wenn die genannten Herren statt dessen lieber die Straßen lehren oder alte Schuhe flicken wollten, ihre Arbeit, weil „nützliche, zweckmäßig veranlagte“ Arbeit, sofort Werth bekäme!

Das in diesen letzten zwei Absätzen ausgeführte diene zugleich als Antwort für jene ganz besonderen Klugschwäger, welche einwenden: Wenn es wirklich die Arbeit wäre, welche den Dingen Werth verleiht, dann müßte ja auch Alles, worauf einmal Arbeit verwandt wurde, Werth haben!

Ich bin mit meinen Darlegungen über diesen controversen Punkt der sozialistischen Werththeorie zu Ende und hoffe, den Einen oder den Anderen überredet zu haben, daß dieselbe den „wechselnden Gebrauchswert“ der Güter doch nicht so ganz unberücksichtigt läßt, wie es Herr Prof. Schäffle und seine Meinungsgenossen annehmen.

Resümiren wir nun zum Schlusse unsere Betrachtungen:

Auf den gegnerischen Einwand, daß nicht nur die Arbeit, sondern auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage den Werth der Waaren bestimme, haben wir zu erwidern: Es ist nicht wahr, daß Angebot und Nachfrage auf den Werth irgendwelchen Einfluß haben, — den Werth repräsentirt immer und ewig nur die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“. Sie berühren vielmehr ausschließlich den Preis, den sie durch ihre heute beständig schwankende Verhältnis ins Mitschwanke versetzen, ohne aber seinen Schwerpunkt, den Werth, nach dem er immer wieder zurückfällt, jemals verrücken zu können.

Daß sich das Grundgesetz der sozialistischen Werththeorie — Bestimmung des Werthes durch die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ — in der heutigen verirrten Produktionsweise nur unter beständigem Hin- und Herzungen, das Rechtmäßige, Vernünftige sich nur unter beständigem Kampfe mit dem Zufälligen, Unsinnigen, „nur als blindwirkendes Gesetz der Regelloshkeit durchsetzen kann“, das spricht wohl gegen diese verrückte Produktionsweise, keineswegs aber gegen jenes Gesetz!

Was also vermeintlich ein Mangel der wirtschaftlichen Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft sein sollte, daß sie angeblich den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“ nicht berücksichtigen, erweist sich schließlich als ein glänzender Vorzug der letzteren, die vermöge einer guten Produktions-Organisation Bedarf und Produktion stets in Uebereinstimmung halten und so die Abirrungen des Preises von der Werthe und die damit zusammenhängenden Ungerechtigkeiten und Schädigungen beseitigen wird; und umgekehrt als ein arges Gebrechen der bestehenden Gesellschaft, bei welcher, eben weil sie den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“ nicht berücksichtigt, diese krampfartigen Zustände gar kein Ende nehmen und — siehe unsere formidablen Produktionskrisen — ihren Organismus immer mehr zerrütten.

Weil sie lahm und krank sind, können sie nicht begreifen, wie wir ohne Krücken (ohne besondere „Tagen“ für den „wechselnden Gebrauchswert“) gehen wollen!

## Absfertigung.

Geachtet Herr Redakteur!

Die Einsendung des Herrn Schramm unter obigen Titel „fertige“ ich meinerseits mit dem Hinweis auf meinen inzwischen wohl veröffentlichten Artikel IV „ab“. Der Leser wird darin finden, was von der präntischen Redensart des Herrn Schramm, daß, wenn man seine Erregte verwerfe, die sozialistische Werththeorie sofort „eitel Unsinn“ werde, zu halten ist.

Das ist ja das Malheur bei all diesen Herren, daß sie Eines nicht ausreden lassen! Sowie all die Balgereien über die Marx'schen Ausführungen nur daher kommen, daß man nicht, so wie es sich schickt, abwartete, bis Herr Marx sein ganzes Werk veröffentlicht hat; ebenso würde auch Herr Schramm, wenn er meinen nächsten Artikel abgevariet hätte, gefunden haben, daß seine „Absfertigung“, worin er mir vorwirft, den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“ gar nicht berücksichtigt zu haben, nichts ist als — „überflüssig veranlagte Arbeitszeit“.

Ich kenne ein Sprichwort, das auf all diese Herren paßt, als ob es eigens auf sie erfunden wäre. Es kommt darin etwas von einem ungebauten Haus vor.

Da ich nicht vorlaut bin und ich nicht gerne leeres Stroh dresche, so gestatte ich mir, über die Ausführungen des Herrn Schramm vorläufig zur Tagesordnung überzugehen. Erst wenn er mich hüßlich zu Ende (d. h. auch Artikel IV) gehört hat und dann noch immer findet, daß nur seine Definition die einzig wahre, nur durch diese eine Hineinpassung des „wechselnden gesellschaftlichen Bedarfs“ in die sozialistische Werththeorie möglich sei, erst dann werde ich seine „Absfertigung“ in die Arbeit nehmen.

Ich werde ihm dann insbesondere zeigen, wie überaus naiv seine Annahme war; ich habe gar nicht bemerkt, wie jenes Citat S. 87, auf welches ich ihn brachte und nach dem er so heißhungerig greift, im fernern Wortlaut scheinbar zu seinen Gunsten spricht. Könnte ich ihm mein Concept zeigen, dann würde er sehen, daß ich darin besonders hervorhob, wie es offenbar diese Stelle gewesen sei — es ist nämlich die einzige im ganzen „Kapital“ — die Herr Schramm bei seiner wunderbaren Definition der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ vorichwebte

(ich hatte es errathen!) und wo meines Erachtens sein Irrthum betreffs dieser Stelle stehe.

Um nicht gar zu weitläufig zu werden, habe ich den für Alle, außer Herrn Schramm, schließlich gleichgiltigen Passus dann wieder gestrichen.

Dieses und noch manchen andern neuen Schnitz werde ich ihm dann nachweisen.

Für heute aber die Bitte: daß Herr Schramm, wenn er mir nicht von vornherein allen Muth nehmen will, mit ihm zu disputiren, seine Unfehlbarkeit bei Müttern zu Hause lasse, die Unfehlbarkeit, mit der er mich so gewaltig zu Boden schmettert, wenn er z. B. ausruft: „Da nun aber Marx, wie aus den citirten Sätzen unzweifelhaft hervorgeht, die Sache thatsächlich so meint, wie ich sie definiert habe — und er kann sie vernünftiger Weise gar nicht anders meinen (!) — etc. etc.“ (Weider Gottes will das Herrn Schramm nur Niemand glauben! Es glaubt ihm's Herr Prof. Schäffle nicht, es glaubt ihm's die „Zukunft“ nicht etc. etc.)

Man sage mir das Mittel, gegen die Unfehlbarkeit anzukämpfen! Ich, Herr Schramm, bin nicht unfehlbar! Ich sehe die Sache so an, daß all diese Dinge eine mehrseitige Beleuchtung sehr wohl brauchen können, daß sie noch viel zu neu und zu wenig fundamirt sind, als daß sich nicht Alle zusammen da und dort arg täuschen könnten, wie sich denn auch wirklich noch ganz andere Leute, als es Herr Schramm und „Herr H. L.“ sind, hier schon arg blamirt haben.

Ich meinerseits bin denn auch, wie ich es gleich anfangs in einem Brief an Sie, geachteter Herr Redakteur, hervorhob, gerne bereit, dort, wo ich eines Besseren belehrt wurde, es frank und frei einzugehen. Allerdings muß man sich diese Belehrung nicht gar so leicht machen, wie Herr Schramm in seiner „Absfertigung“, die aus nichts besteht, als aus dem von mir gelieferten, von Herrn Schramm mißverstandenen Marx'schen Citat, garnirt mit einer Unmasse überflüssiger Redensarten.

Und das bringt mich auf die zweite Bitte. Ich unterscheide in der politischen Polemik streng zwischen Gegnern bonae und malae fidei. Bei Letzteren ist m. E. keinerlei Rücksicht am Platze, der größte Ton der beste. Bei Ersteren aber vermag ich für das Verlassen gewisser Anstands- und Höflichkeitsformen kein höchhaltiges Motiv abzusehen. Da ich nun Herrn Schramm für einen solchen Gegner bonae fidei ansehe und Herr Schramm mir wohl gestatten wird, von mir selbst das Gleiche zu denken, und da es sich ferner zwischen uns um rein sachliche Streitfragen handelt, wir persönlich gar nichts gegen einander haben, schon weil wir uns im Leben gar nie gesehen, — so schlage ich Herrn Schramm vor, daß — immer vorausgesetzt, daß er überhaupt noch was gegen mich zu sagen hat — wir die Grenzen jener Formen doch lieber hüßlich einhalten. Das schließt ein kräftiges Wort da und dort nicht aus. Bischen grob — ja, aber nur nicht zu grob! An dieses „zu“ hat Herr Schramm aber recht oft und hart angepöbel. Wird er ja schließlich gar so zutraulich, daß er mich zu duzen anfängt, was ich meinerseits denn doch dankend ablehnen muß.

Und damit empfehle ich mich dem Herrn C. A. Schramm.

Genehmigen Sie, Herr Redakteur, die Versicherung der größten Achtung, mit welcher sich zeichnet

Ihr ergebenster H. L.

## Das Erziehungswesen in den Vereinigten Staaten.

II.

Es ist eine Thatsache, daß Menschen in demselben Grade oberflächlich und leichtsinnig werden, in welchem das Glück sie begünstigt. Dies gilt von Völkern natürlich ebenso sehr als von Einzelnen, und vom angloamerikanischen zumeist, dessen Geschichte eine so glückliche ist, wie sie in solchem Maße nicht verdient war. Dieses Volk ist durch seine günstigen Schicksale verzärtelt und aristokratisch worden; es lernte fast sein eigenes Verdienst halten, was überwiegend Werk der Umstände war, und wurde eine Nation von Adligen, wenn auch ohne den Schiff eines alten Adels. Man sieht es schon von Weitem am Angloamerikaner, daß er etwas „Besseres“ sein will als andere Menschen, man sieht es am leichten, elastischen Schritt, der stolzen Haltung, der modischen Kleidung; man sieht es auch an der Pflege der Körperlichkeit, an der Toilettenkunst, und an den wirklich keinen Jügen der Reichen. Die Folge ist der Abscheu vor aller andauernden oder schweren Arbeit, welche denn auch leicht auf Maschinen, Neges und Eingewanderte abgewälzt werden konnte; der Widerwille gegen einen Lebensberuf, da es ja der Zweck des Lebens ist „Geld zu machen“, und da man zu diesem Zwecke seine Beschäftigung wechseln mag, bis er endlich erreicht ist; die Abneigung gegen alle Gründlichkeit, da mit ihr schlechterdings kein großes Vermögen erspielt werden kann — die gründlichen Sachkenner miedhet man sich lieber. Es giebt natürlich auch gründlich durchgebildete Handwerker, Gelehrte, Künstler und Handelsleute; allein sehr selten, und sie haben wenig Einfluß auf das Erziehungswesen.

Der Schein, die glänzende, lockende Außenwelt, der sofortige greifbare Nutzen einer Schule, einer Lehre, einer Bildungswelt, das für den Augenblick Bestehende der Leistungen und die Kraft-erparnis bei denselben, mögen sie sich auch auf die Dauer noch so wenig bewähren, das sind die Kennzeichen angloamerikanischer Erziehung. Es giebt über alle Großstädte hin sogenannte Geschäftshochschulen, wo man in einem halben Jahre Buchführung und alle kaufmännischen Kenntnisse erlernen kann, und in diesen Anstalten sind zusammengenommen mehr Schüler als in allen andern höheren Schulen. Die Folge ist, daß es der Buchhalter,

der im Handel Beschäftigten — und der Schwindler weit, weit mehr gibt, als unterkommen können, und daß Buchhalter durchschnittlich billiger zu haben sind als gute Handwerker; daß weit mehr Kaufäden auf eine gleich große Volkszahl kommen, als irgendwo anders und durch den Zwischenhandel alle Lebensbedürfnisse verhauern; endlich daß Bantrotte so häufig sind — meist betrügerische — wie nirgends — wohl neun Zehntel aller kaufmännischen Geschäfte endigen in dieser Weise. Dagegen giebt es kaum noch eine Gelegenheit, ein Handwerk oder ein produktives Geschäft gründlich zu lernen. Wer als Privatlehrer sein Glück machen will, muß versprechen und glauben machen, daß er eine fremde Sprache, ein musikalisches Instrument, eine freie Kunst, eine Fachwissenschaft in wenigen Stunden lehren kann; solcher Schwindler hat einen fast unglaublichen Erfolg und lohnt mit raschem Reichwerden.

Daneben besteht noch immer in weiter Ausdehnung der Aberglaube, daß ohne Latein und Griechisch keine gelehrte Bildung möglich sei, ganz wie in Europa. Es könnte wunderbar erscheinen, daß hierzulande über dreihundert Hochschulen bestehen, welche vorgeben zu lehren, was auf deutschen Universitäten geleistet wird, mit zusammen ebensoviel Studenten als auf diesen. Aber beinahe die meisten bestehen bloß zu dem Zwecke, um Zeugnisse und Titel ausstellen zu können, mit welchen die Söhne und Töchter der Bourgeoisie sich spreizen können. Auf sehr wenigen dieser Anstalten ist eine Fachausbildung zu erlangen, wie sie in Deutschland gefunden wird, und fast Alle, welche eine solche gründlich erlangen wollen, setzen ihre Studien in Deutschland fort. Der Lehrgang auf diesen Anstalten muß kurz und oberflächlich sein, wenn sie Zulassung haben wollen. Es kommt hinzu, daß sie — mit ganz wenigen Ausnahmen — nicht öffentliche Anstalten sind, sondern von religiösen Sekten zum Zweck der Propaganda ihrer Kirchen gegründet. Die Lehrer der Wissenschaften müssen also Wunder und Heuchler sein, wenn sie Anstellung finden und behalten wollen, und die Vorleser sind Geistliche oder deren Werkzeuge. Keine einzige dieser „Universtitäten“ und Kollegen kann über die Mittel gebieten, welche zur erforderlichen Ausstattung mit Lehrhilfsmitteln gehören (Sternwarterei, anatomische Museen, Kliniken, Laboratorien, Bibliotheken, naturgeschichtliche Sammlungen etc.). Die besseren Lehrhilfsmittel dieser Art sind weit über das Land verstreut, anstatt an wenigen Mittelpunkten vereinigt zu sein.

Die Seminaristen (hier Normalschulen genannt), welche Lehrer für die eigentliche Volksschule bilden, nehmen rasch an Zahl zu, es giebt deren jetzt nahe an 150, und einige von diesen sind in guter Leitung, weil es ein Häuflein wahrer Pädagogen giebt, welche deutsche Muster kennen gelernt haben und nachzuahmen suchen. Der Uebelstand ist hier wieder, daß die Aufnahmehandlungen in großer Mehrzahl eine ganz ungenügende Vorbildung mitbringen und erst in einer oder zwei Vorbereitungs-klassen besser lesen, schreiben und rechnen lernen müssen, ehe sie die pädagogische Fachbildung erlangen können. Und bei der Ungebild der Angloamerikaner dauert diesen Schülern die Sache viel zu lange. Wenigstens zwei Drittel von den Schülern gehen lange vor Beendigung des Lehrganges ab und finden leicht eine Lehrerstelle irgendwo, weil jährlich über 30,000 neue Lehrer gebraucht, und von den Seminaristen zusammen höchstens 3000 als reife Schulamtsbewerber entlassen werden können. Da nämlich die Lehrer, mit Ausnahme der obersten, verhältnismäßig fast ebenso schlecht als die deutschen besoldet sind, so widmen sich dem Lehrberuf vorzugsweise junge Mädchen (bis zu drei Vierteln), weil Lehrerinnen sehr als Gattinnen gesucht werden, und gehen der Schule durchschnittlich nach drei Jahren wieder verloren, gerade wenn sie einige Erfahrung und Übung erlangt haben und mehr Nutzen stiften können. Außerdem werden Leute jedes möglichen Bildungsganges vorübergehend Lehramtsbewerber, wenn sie eben kein anderes Brod finden können, und man kann diese Jugend nicht entbehren. Es giebt also keinen Lehrstand; es giebt — mit verschwindenden Ausnahmen — keine langjährigen, für den Beruf ausgebildeten, mit ihm verwachsenen, auf Fortbildung des Erziehungsplanes bedachten, für die Ehre und den Vortheil des Berufs wirkenden Lehrer. Die weitere Folge ist, daß es keine sachverständigen Schulvorstände geben kann, sondern fast nur Laien, und zwar aus politischen Rücksichten gewählte Oberleiter des Volksschulwesens.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Im deutschen Reichstage fand am vergangenen Dienstag die Debatte über die Abänderungsvorschläge in Bezug

auf das Haftpflichtgesetz statt (die Anträge haben wir ihrem Wortlaute nach schon gebracht). Dr. Max Hirsch langweilte den Reichstag durch allerlei confus-zusammengesetztes Material eine Stunde lang; der Centrumsmann v. Hertling stand sichtlich unter dem Druck der neuen Wendung der Dinge, er vergaß seine Oppositionsstellung und seine Arbeiterfreundlichkeit und zeigte ein reaktionäres Gesicht. Der „Schlotjunger“ und Abgeordnete Stumme wäre besser stumm geblieben, seine Rede war alter aufgewärmter Kohl und ein Loblied auf die aufopferungsfähigen Fabrikanten, die sich um das Vaterland verdient machten, weil sie in jetziger schlechter Zeit überhaupt noch Arbeiter beschäftigten. Ein frischer Hauch ging durch das Haus, als Genosse Kapell den Antrag Hascencier-Kapell in trefflicher Rede verteidigte. Gegen den Abgeordneten Hirsch gewandt, erklärte er, daß, wenn Lepterer behaupte, daß die Sozialdemokraten durch den Abschnitt 2 ihrer Vorlage weit über das Ziel hinausgingen, so habe er diese Ansicht nicht motivirt. „Der § 2 des Haftpflichtgesetzes ist nur ein tochter Buchstabe für den Arbeiter. Der Arbeiter soll selbst den Nachweis führen, daß seitens des Arbeitgebers Vorsichtsmaßregeln versäumt sind. Ja, wenn er todt ist! Für die Hinterbliebenen aber ist es meistens unmöglich, die Thatsachen zu ergründen, ebenso für den Arbeiter, der besinnungslos von der Unglücksstelle geschafft wird. Die Beweisführung muß also verschoben werden.“ Der Abg. Hirsch behauptet ferner, unser Antrag sei falsch und einseitig. Ich gebe dieselbe Beschuldigung zurück. Selbst mit der Laterne findet man aus dem Antrag Hirsch nichts heraus. Es soll Alles dem Reichsanwalt überlassen bleiben. Der Mann hat mehr zu thun. Wir haben in unserer Vorlage spezialisiert, was der Abg. Hirsch nur unklar angedeutet hat.“ — Abg. Vaster „vermittelte“ wie gewöhnlich. — In der Sitzung am Mittwoch, in welcher die Fortsetzung der Debatte stattfand, sprachen noch der conservative Abg. Heinrich (Borna), der „Allen zu lieb“ sein wollte, und der Antragsteller Hirsch. Genosse Hasenclever, der sich zum Worte gemeldet hatte, wurde durch Schluß der Debatte verhindert, den sozialistischen Antrag weiter zu motiviren.

Es folgte nun der Antrag Blos-Rost auf Abänderung des Wahlgesetzes, den wir gleichfalls schon mitgeteilt haben. Abg. Blos empfiehlt den Antrag mit Hinweis auf die bei der Wahl des Abg. v. Grävenitz eben zur Sprache gebrachten Uebelstände. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Beschaffenheit der Stimmzettel seien zu vage, als daß durch sie das Wahlgheimiß in Wirklichkeit gewährleistet werde. Er halte für am besten, die Stimmzettel in unbeschriebenen Couverts abzugeben. Um aber im Uebrigen den Willen der Wähler bei den Wahlen richtiger und voller zum Ausdruck zu bringen, sei nöthig, die Wahlen am Sonntag stattfinden zu lassen, wo Jeder eher Zeit habe, sein Wahlrecht auszuüben. In den letzten Jahren seien die Wahlen mehrfach auf einen Sonnabend angelegt worden, als einem Tage, der den Arbeitern am ungeliebtesten sei. Namentlich auf dem Lande, wo die Wahlkreise oft mehrere Meilen umfassen, sei es dem Arbeiter fast gar nicht möglich, zur Wahl zu gehen, besonders wenn der Wahltag ein Sonnabend sei. — Der Abg. Frankensburger (Fortschritt) empfiehlt den Antrag der Wahlprüfungskommission zu überweisen. Der „schwarz-rote Schlangendöcker“ Derrburg begreift gar nicht einmal den Sinn des so einfachen Antrages und ist schon deshalb gegen denselben, während der Abg. Völk ihn theilweise empfiehlt. — Abg. Rost bemerkt als Mitantagsteller, daß fast alle Parteien schon über die Nothwendigkeit eines solchen Antrages einig seien. Eine Kommission, wenn sie sonst den guten Willen dazu habe, könne sehr bald konkrete Vorschläge machen. Mache sie wirkliche Verbesserungen, so seien die Sozialdemokraten die Letzten, die dagegen stimmen werden. Redner bestreitet die Ausübung eines Terrorismus, wie der Abg. Frankensburger seiner Partei vorgeworfen. Aber die bestehende Klasse über einen Terrorismus gegen die von ihnen abhängigen niederen Stände bei den Wahlen aus. Redner weist auf einige Vorkommnisse derart hin, wo die Arbeitgeber aufgepaßt haben, ob die Arbeiter auch die ihnen eingehändigten Zettel an der Urne abgaben. An den Wahlstellen sätzen die Oberbeamten der Fabriken und die Buchhalter, und übten eine scharfe Controle über die Arbeiter ihrer Fabrik bei der Wahl aus. Viele seien schon wegen bloßen Verbreitens sozialdemokratischer Flugblätter aus ihrer Arbeit entlassen worden. Daß die Couverts wieder mehr Ausgaben verursachten, sei ja selbstredend; aber in einem Staate, wo der Moloch „Militarismus“ so viele Millionen verschlingt, könne es auf eine Kleinigkeit für Couverts nicht ankommen. — Am dem Sonntage habe allerdings die sozialdemokratische Partei das höchste

Interesse, denn in der Woche komme es dem Arbeiter, selbst in Berlin, sehr schwer an, zur Wahlurne zu gehen. Wie könne z. B. ein Arbeiter, im 6. Wahlkreise Berlins wohnend, wenn er am Kreuzberge arbeite, den Bau verlassen und zur Wahl gehen! Im ultramontan-durchsuchten Frankreich habe man die Wahl am Sonntage; und wenn man am Sonntage Tanzmusikente hätte, werde eine Wahl dem Seelenheil der Wähler auch nicht schaden. In Frankreich sei es den Geistlichen sogar lieb, daß am Sonntage gewählt werde; denn sie benutzten die Gelegenheit gleich zu einer großen Wahlpredigt. Er empfehle auch den Liberalen, durch Annahme seines Antrages sich einen Schutz für die Zukunft zu verschaffen, denn es könne doch vorkommen, daß die liberale Partei noch und nach ganz an die Wand gedrückt werden solle. — Der Antrag wird hierauf der Wahlprüfungskommission überwiesen.

Hierauf folgt der Antrag Brade und Genossen: Folgendem Gesetze die Zustimmung zu erteilen: „Einziger Artikel: Die durch die Verordnung vom 22. Dezember 1868 für bestimmte Militärpersonen eingeführte Befreiung von Kommunalabgaben wird aufgehoben; diese Personen sind fortan in derselben Weise wie andere Gemeindeangehörige zu den Kommunalabgaben heranzuziehen.“

Brade findet die gegenwärtigen Bestimmungen auf diesem Gebiete ganz unhaltbar. Sie involvirten ein Privilegium für einzelne Klassen oder führten ein solches ein, wo es noch nicht bestanden habe, während es doch jetzt mehr denn je geboten erschiene, volle Gleichheit vor dem Gesetze zu schaffen und Ständeprivilegien zu beseitigen. Es sei zu verwundern, daß heute noch solche Privilegien existirten, nachdem schon durch Edikt vom 28. April 1773 die Rechtsgleichheit für Alle, welche des Staates gleichen Schutz genießen, ausgesprochen sei. Eine Befreiung bestehender Stände von der Steuer reize mehr auf als alle sozialdemokratischen Agitationen, denn die darin liegende Ungerechtigkeit sei so in die Augen springend, daß auch der blödeste Verstand es sofort erkennen müsse. Wenn Graf Nolte neulich gesagt habe, man könne doch von dem geringbesoldeten Lieutenant nicht noch Kommunalsteuer verlangen, so sei es doch einfach gerecht, dem armen Lieutenant von Staats wegen mehr Sold zu geben. Die Kommunen würden sich ganz bedeutend besser stehen und Berlin z. B. wahrscheinlich eine halbe Million Mark an Kommunalsteuer mehr einnehmen, wenn alle hier retirirenden hohen Chargen Steuer zahlten. Petitionen in dieser Richtung seien schon mehrfach an die legislativen Körperschaften gerichtet. Redner verliest hier Theile einer Petition aus Oldenburg, die am 28. Mai 1869 im Preuß. Abgeordnetenhaus zur Verhandlung kam und die Bekämpfung des Kriegsministers v. Roon und des Abg. Nolte aus ganz unbilligen Gründen erfahren habe. Die Ungerechtigkeit und Ungleichheit bestehe für alle Ortsgemeinden des Reiches, weshalb er um Annahme des Antrages bitte. Wenn man etwa einwende, daß ja das Militär auch kein Wahlrecht habe, so sei dem gegenüberzuhalten, daß ja in jeder Commune sehr viele Einwohner kein Wahlrecht hätten und doch Steuern bezahlen müßten. Wenn man sage, das Militär habe ja auch auf dem Schlachtfelde geblutet und bringe sein Leben dar, so sei er der Letzte, der das nicht anerkenne, aber auch von den anderen Staatsangehörigen bringen viele den Verhältnissen ihr Leben zum Opfer, jetzt z. B. raffe in vielen Gegenden der Hungersplage Hunderte von Arbeitern hinweg, und ihnen werde nicht der Ruhm für die Nachwelt zu Theil, dem man dem gesonnenen Militär angedeihen lasse. Auch werde der Nutzen kommunaler Einrichtungen gerade dem Militär in bevorzugtem Maße zu Theil.

Abgeordneter Richter, den es ärgerte, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter einen Antrag eingebracht und überzeugend begründet hatte, den die Fortschrittspartei eigentlich längst hätte einbringen müssen, machte, da er Brades Ausführungen nicht widerlegen konnte, seinem Vorgesetzten Luft, daß er Brade zum Schein lobte, und dann als Plagiator der Fortschrittspartei hinstellte, der er den Antrag gestohlen habe. Schade nur, daß Brade den Antrag so schlecht formulirt; übrigens sei der gemähtige Ton, in dem er gesprochen, anzuerkennen; die Sozialdemokratie scheine also doch zu begreifen, daß der heutige Staat nicht so schlecht sei, als sie früher gemeint. Und nun fing Herr Richter aus der bekannten Liebknechtschen Rede „über die politische Stellung der Sozialdemokratie“ (1869 in Berlin gehalten) an, einige Stellen vorzulesen, die beweisen sollten, daß die Sozialdemokratie im Allgemeinen und Liebknecht im Besonderen ihren „politischen Standpunkt“ gewechselt hatten. Dieser freche Angriff, den das Präsidium, obgleich die Richter-

## Sozial-Conservatives.

(Schluß)

Die Proletarier, weil sie der günstigen Conjunktur nachtheillich können — ein reizendes Bild — sind am besten daran und dennoch wird S. 52 wörtlich gesagt:

„Unser deutscher Arbeiter endlich, abgesehen von allen sozialen Banden, die ihn an die höheren Klassen vor Zeiten fesselten, bietet das am wenigsten erfreuliche Bild, das ich bei Besprechung der Sozialdemokratie näher beleuchten werde.“

Kommt endlich die böse Sozialdemokratie an die Reihe, indem ihr gleich zum Empfang das Prädikat „antihumanistisch“ ertheilt wird, wie unsern Gelehrten überhaupt Alles, was nicht feudal ist, gegen die Humanität geht. Es kommt eben darauf an, was man unter Humanität versteht. Sie, werther Freiherr, meinen den idealen Großjunger, der wie „ein Väterchen“ für seine Knedele sorgt — das ist Ihr und der Aristokratie Idealismus und Humanität. Wir verstehen darunter die Idee der Menschlichkeit und das Streben, diese Welt für alle Menschen zur möglichst besten der Welten zu machen.

Den Liberalen gleich thut der Sozialconservative im Verdächtigen der Sozialisten; der Sozialismus befindet sich nämlich zum Liberalismus in keinem prinzipiellen Gegensatze, weil die Commune Richter, Geistliche und Gensdarmen erschließen ließ vor den Thüren der Bank von Frankreich aber Halt machte. Wästen Sie, Eder von la Mancha, etwas über die Commune, so könnten Sie nicht sagen, diese ließ die Geißeln erschließen, und würden nicht bemerken: „ein tüchtiges Schröpfen (der Bank) war nicht ausgeschlossen.“ Es war vielleicht der größte Fehler der Commune, daß sie diese Bank samt ihren 3 Milliarden — noch historischen Beispielen — nicht einfach annectirte und dadurch die Lebensader der Bourgeoisie durchschnitt, sondern mit ihr contrahirte, als wenn es solchen Feinden gegenüber ein Vertrauen gäbe. Ja die Bäckerbäckerei wird jetzt in Deutschland mit einer fundamentalen Unwissenheit betrieben und der Glown sikt über den ersten Mann der Wissenschaft zu Gericht. So wird z. B. das eberne Lohngesetz, wie es Voss alle formulirt hat, folgendermaßen formulirt — nein harletinsirt: „Die jeweilige Volksmenge ist das Resultat des dem Volke innewohnenden Idealismus und seiner Produktionskraft.“ Ja wohl

Produktionskraft; und ist die Zahl der Ochsen — um bei den Säugthieren zu bleiben — nicht auch das Produkt des den Ochsen innewohnenden Idealismus? Wo wir hinschauen oder hinfassen, was wir greifen und fühlen, Alles ist bei Ihnen ideal, b. h. Idee — Dunst — Gehirnnebel. Noch ein Beispiel, wie Sie die Werththeorie über den Haufen, oder richtiger in den Haufen werfen! „Der Werth des Produkts besteht a) aus dem Lebensbedürfniß jener bei Erzeugung der Produkte nöthigen Arbeiter; b) dem Unternehmergewinn.“

Diese Theorie gefiel mir so gut, daß ich sie gleich ins Praktische übertrug; und ich brauchte gerade einen neuen Rod, ging zu einem Schneider und, nachdem ich ausgeforscht, wie viel Lebensbedürfnisse ich ihm für einen Rod zu vergüten habe, entrichtete ich dieselben, schlug den Unternehmergewinn dazu, den ich natürlich in meine eigene Tasche steckte, und — warte heute noch auf meinen Rod, trotzdem ich genau nach Ihrer Anweisung gehandelt hatte. Ja es ist schlimm, sehr schlimm, wenn man gar nichts von Oekonomie weiß und dennoch „Ideen“ hat. Schlagen wir das erste beste gebräuchliche bourgeois-wirtschaftliche Handbuch auf, z. B. J. St. Mill (Prinzipien der politischen Oekonomie, Kap. VI).

„Wir sehen, daß dieselben (die Erfordernisse der Produktion) sich auf drei zurückführen lassen: Arbeit, Kapital, Stoffe und die bewegende Kraft, welche die Natur hergiebt.“ oder B. Roscher („System der Volkswirtschaft“, S. 46):

„Zu einer wirtschaftlichen Produktion wird in der Regel das Zusammenwirken aller drei Faktoren: Natur, Arbeit und Kapital erfordert u. A. m.“

Sie sehen, Herr Professor, daß Sie schon über die liberalen Dekonomen stolpern, wie wird es Ihnen gehen, wenn wir mit den sozialistischen auf Sie losrücken, da werden Sie mit Ihrem zweibeinigen Werthsystem nicht weit laufen. — Der sozialistische Reaktionär wird noch „kühner“ und unwahrer in einer anscheinend harmlosen Stelle, wo er über den sozialistischen Zwang (vergl. damit feudale Freiheit!) faßelt:

„Alle Hülfe, welche die Sozialisten den Arbeitern vielleicht geben könnten, hätte daher als letzte und nothwendige Konsequenz den Zwang zur Folge, der eine Weltlage bedingte, wie sie jedenfalls mit Freiheit und Gleichheit nicht denkbar ist, und darum sind die Sozialisten schließlich die Feinde der Humanitätsbewegung des 18. Jahrhunderts.“

Und dieser Zwang wird, wenn auch noch nicht in der sozialistischen Theorie, so doch in der Praxis schon überall geübt; er wendet sich gegen die Kapitalisten, Arbeitgeber einerseits, und auch folgerichtig gegen die Bedürfnislosigkeit andererseits, steinigt die Chinesen, weil sie sich von schlechtem Fleische nähren, greift mit Messern die Meister an, die mehr als zwei Gefellen halten, vertreibt mit Schaufeln die Polen von den Bauplätzen, weil sie mit Schnaps und Kartoffeln zufrieden sind, zündet Fabriken, Bahnhöfe an etc.“

Der metaphysische Donapartier nimmt in Folge seiner Idealität die Ausschreitungen Einzelner für eine Bethätigung des Prinzips. Wenn wir nun sagen würden: weil ein Theil des Adels dem Strauchrittertum entsproßt, ist das Prinzip des Adels, die Idee des Strauchrittertums? Die Jammersbilder von Unwissenheit und Verlogenheit, die jetzt den Büchermarkt unsicher machen, werden den Arbeitern deutlich zeigen, was sie von den „Gebildeten“, von den liberalen und konservativen Sozialisten zu erwarten haben. Und eine Buchhandlung für „Rechts- und Staatswissenschaft“ verlegt noch solchen Schund, der kaum für die „Münchenbilderbogen“ zu gebrauchen wäre. Denn ist es nicht zum Lachen, wenn man diesen „rechts- und staatswissenschaftlichen“ Knauskeft liest:

Die Sozialisten können auf dem eingeschlagenen Wege nicht vorwärts kommen, denn wollen sie eine Quote am Unternehmergewinn, so wird das Kapital des Unternehmers kleiner, respective dessen Verzinsung wird niedriger, und den Kapitalisten kann man unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nicht verbieten, sich seinen Zinssatz zu wählen; aber „wenn wir Sozialisten mit oder ohne Zwang das Kapital nähmen, so hätten wir es doch gewiß.“ — „Wäre dies wirklich so gewiß? Ist dem Kapital nicht bloß die Idee an die Fortdauer der heutigen wirtschaftlichen Zustände? Das Kapital eine „Idee“, ho, ho, ho, und erst war doch die Arbeitskraft ein Kapital, und nun ist es eine Idee, also ist die Arbeitskraft auch eine? Und wenn sich, Herr Freiherr, Ihre Gutleute schänden und placken für wenige Groschen, sind deren Arbeitsprodukte für Sie auch eine Idee? und ist Ihre Latifundie auch eine? und wie leicht ließe sich diese Idee zum Allgemeingut machen! Ja, das wäre eine Idee.“

Kapital, Arbeitskraft, Regierungsform, die Hofe, das Tath zum Rod, Alles ist eine Idee.

sehen Expectorationen absolut nicht zur Sache gehörten, verdiente um so mehr eine Züchtigung, als er in der unmotivirtesten Weise vom Saun gebrochen war. — Und Liebknecht, der so an den Haaren in die Debatte hineingerissen ward, machte von seinem Richtigkeitsrecht unbarmherzigen Gebrauch; er erklärte Herrn Richter, daß sein Tadel ihm zur Ehre gereiche, während er sich das Lob eines Richter schönstens verbitten müsse. Seinen Standpunkt habe er (Liebknecht) nie gewechselt. Der casaristische Scheinparlamentarismus, den er in jener Rede bekämpft, werde auch heute von ihm bekämpft und sein Antrag (auf Abänderung der Geschäftsordnung und gegen die Valentinererei), der am selben Tag auf der Tagesordnung war (jedoch nicht mehr zur Verhandlung kam) sei genau von dem nämlichen Geist eingegeben, wie jene Rede. Liebknecht sprach sich dann über unsere Stellung zum Parlamentarismus aus. Wie könne übrigens Herr Richter sich zum politischen Schulmeister und Anstandslehrer aufwerfen? Und nun hielt Liebknecht in kurzen, scharfen Worten der Fortschrittspartei ihr Sündenregister vor, brandmarkte sie als die Partei der politischen Heuchelei par excellence und warf ihr schließlich den Herrn Franz Dunder, der noch Mitglied der Fortschrittspartei ist, an den Kopf. Darob verschiedene Ordnungs- und obligates Pöhl (heim Dunder) verschiedener Mit-Dunder. Die Hiebe hatten geheißen, und nur ein übertriebenes, auf Schwäche hinauslaufendes „Anstandsgefühl“ kann die Dofis zu reich finden. Es giebt Situationen, in denen man physisch oder moralisch obliegen muß. Und das war eine solche Situation. Daß Liebknecht sich nicht darauf beschränkt, Herrn Richter abzustrafen, sondern sich gegen die ganze Fortschrittspartei gewandt, kann ihm Niemand verargen. Herr Richter treibt seit voriger Session die Injultierung der Sozialdemokratie systematisch und geschäftsmäßig, innerhalb und außerhalb des Reichstags, und er treibt dieses traurige Handwerk im Auftrag und Namen seiner Partei. Ergo: mußte die Tracht Prügel verallgemeinert werden. Herr Richter, der wie ein begoffener Bubel dahand, bald weiß, bald roth, hütelte sich wohl, einen Reinwaschungsbuch zu machen; Alles wozu er sich aufschwingen konnte, waren ein paar neue, heiläufig sehr beherzigenswerthe Citate aus der Liebknechtschen Rede, für die Herr Richter jedenfalls eine sehr wirksame Reklame gemacht hat. Ein mitleidiges Achselzucken war die einzige Antwort Liebknechts auf die Verlegenheitsphrasen des offenbar ängstlich gewordenen Richter, der bekanntlich kein Held ist — oder bloß Held Numero 2. — Nachdem sich Bracke, der als Antragsteller das Schlusswort hatte, noch das Lob des Herrn Richter verbeten, wurde die Berweisung des Antrags an eine Commission abgelehnt. Derselbe muß nun nochmals in zweiter Lesung an das Plenum kommen. Der Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung konnte nicht mehr erledigt werden, weil die Zeit inzwischen zu weit vorge-rückt war. Er wird nach den Ferien zur Verhandlung gelangen. Zu den Sitzungen am Donnerstag und Freitag bewilligte die Reichstagsmajorität endgiltig die Einnahmen und Ausgaben des Reichs und konnte somit mit gutem Gewissen, da sie ihre Schuldigkeit gethan hatte, in die Osterferien gehen, die bis zum 30. April dauern. Dann wird der Reichstag wahrscheinlich noch einen vollen Monat tagen.

Wie sehr die Majoritäten ihren geheiligten Reichstag achten, geht aus folgender Notiz der „Magdeburger Zeitung“ hervor:

„Im Reichstage fängt man bereits an, Wahlreden zu halten; wenigstens sind die Ergüsse Lasler's, der die, welche andere Ansichten über die Steuerreform haben als er, unelbe Seelen nennt, dafür natürlich bald darauf aber wieder Abbitte leisten muß, so wie die heftigen Anklagen eines Schorlemer-Alt und die Darlegungen eines Augen Richter nebst den abwehrenden Reden der von diesem angegriffenen frei-conservativen und conservativen Abgeordneten so wenig sachlich gehalten, daß man wohl annehmen darf, es sei den Rednern dabei nicht sowohl darauf angekommen, verständige Männer zu überzeugen, als vielmehr Stichworte für die Masse auszugeben.“

Das „Demagogentum“ der anderen Parteien tritt also immer mehr zu Tage, während es sich zeigt, daß die Sozialisten die einzigen wohlansändigen Demokraten sind.

Die „verkommenen Franzosen“ können in vielen Dingen doch wohl den „aufgeklärten“, sittlichen und glorreichen Deutschen“ zum Muster dienen. Während der glorreiche deutsche, national-liberale Föderativer in Bezug auf die Beschickung der Pariser Weltausstellung davon Josef, daß die „verkommenen

Und wir, die wir verdammt waren, es zu lesen, werfen es dahin, wo es hingehört — auf den bonapartistischen Schmutzhaufen.

Leipzig wird Weltstadt! So etwa mochte der Oberbürgermeister von Leipzig, Herr Dr. Georgi, gedacht haben, als er am 1. April ein vom königlich-preussischen Gesandten zu Dresden, Grafen Solms, unterzeichnetes Telegramm folgenden Inhalts erhielt: „Europäischer Congress gesichert. Leipzig als Congressort bestimmt. Sofortige Besprechung mit Ihnen bezüglich Vorfällen und Unterbringung der Vortragsorte notwendig. Bismarck'schen Schleichwege hierherkommen.“ Da jeder gute national-liberale Leipziger ein klein wenig vom Größenwahn angekränkt ist und Leipzig zur Weltstadt erhoben sehen möchte, ist es sehr erklärlich, daß auch unser „allverehrter“ Herr Oberbürgermeister nichts Eiligeres zu thun hatte, als schleunigst nach Dresden zu dampfen und sich dem Grafen Solms vorstellen zu lassen. Diefem gegenüber erklärte er nun, daß die Gemeinde Leipzig es sich zur Ehre rechnen werde, die Vertreter der Mächte beherbergen zu dürfen, daß sie Alles aufbieten werde, um dieselben würdig zu empfangen u. i. w. u. i. w. Groß war das Erstaunen des Grafen, als er den Herrn Oberbürgermeister von ihm ganz unbekanntes Dingen reden hörte, noch größer war aber die Verdutztheit des Letzteren, als er erfuhr, daß der Graf weder von einem Telegramm, noch von einem Congresse, der in Leipzig tagen sollte, etwas wisse. Beide Herren machten unbeschreiblich perplex Gesicht, bis sich das Räthsel löste und man darauf kam, daß der erste April und der Herr Oberbürgermeister einem Spahvogel auf den Bein gegangen sei. Herr Dr. Georgi soll, wie wir aus sicherer Quelle wissen, sehr mißmüthig und verbrießlich nach Hause gekommen sein. Der schöne Traum von „Leipzig als Weltstadt“ war schmächtig zerronnen. Ob der Bürgermeister von Buzlebude, Schöppenstädt, Schilda, Krähwinkel, Tripstrill oder einem ähnlichen Reife wohl nach Dresden gedampft wäre, wenn ihm ein Spahvogel die Abhaltung des Congresses in seiner resp. Vaterstadt in Aussicht gestellt hätte? Wir zweifeln daran. Was in Schöppenstädt und Schilda nicht möglich wäre, ist in Leipzig passiert; das macht der Weltstadtwahn! Bismarck's Geburtstag wird unserm Herrn Oberbürgermeister gewiß in Erinnerung bleiben. Von Seite der Behörden soll man bemüht sein, dem Urheber des Schabernacks auf die „Spur“ zu kommen, was wohl veredliche Liebesmüh sein wird.

Franzosen“ die deutschen Besucher mit Brutalitäten regieren würden, haben die Geheimräthe Wehrenpennig und Lübers, wie die „Kölnische Zeitung“ erzählt, die nach Frankreich gereist sind, um die dortigen technischen Unterrichtsanstalten zu besichtigen, sich in Paris überall der freundlichsten und zuvorkommendsten Aufnahme zu erfreuen gehabt und sind nach Lyon gereist, wo schon mehr als eine Einladung ihrer wartet. Die dummen Befürchtungen der deutschen Chauvinisten treffen also nicht ein. Denn wenn ein Wehrenpennig, dieser allbekannte Franzosenfresser, von den Franzosen zuvorkommend und freundlich aufgenommen wird, dann wird es auch jeder andere Deutsche. Der angegebene Hauptgrund der Nichtbeschickung der Pariser Weltausstellung durch das Deutsche Reich fällt also fort, es bleibt nur noch der zweite eigentliche Grund übrig, das Gefühl der industriellen Impotenz.

— Unsere Pariser Brüder fangen an, wieder aufzuathmen. Die schwächliche Haltung der Auch-Republikaner treibt die Arbeiter wieder in Masse der Sozialdemokratie zu. Deshalb ertönt auch die Sprache der sozialistischen Blätter wieder scharf wie Schwertesblitzen. Nach einem verlorenen Strike schreibt zum Beispiel die „Commune Affranchie“:

„Sollen wir darum verzweifeln und die Büchse ins Korn werfen! Nein, nein, tausendmal nein! Reminem wir uns, daß im April 1792 Marat aus Muthlosigkeit nahe daran war, die Partei verloren zu geben, und daß ihn schon vier Monate später die Ereignisse eines Anderen belehrten. Dieses Beispiel mag uns stärken und verhindern, Marat in seinem schüchternen Irrthum nachzuahmen. Der Reich der Enttäuschungen des Volkes, der schon so oft voll war, droht aufs Neue überzulauern. Die zahlreichen Arbeitseinstellungen, die aller Orten ausbrechen, die dumpfen Ladungen, von welchen die Pfeiler der Gesellschaft ergriffen sind, die verzweifelt und längst gebrandmarkten Mittel, zu denen sich die conservativen Ultras verurtheilt sehen, sind eben so viele Anzeichen und Ultimaten. Sie mögen sich nur in Acht nehmen, unsere „leitenden Klassen“. Sie mögen sich in Acht nehmen, daß die nach so vielen unfruchtbaren Rückforderungen, so viel umsonst versprochenem Blute aufs Äußerste getriebenen Proletarier sich nicht am Ende gegen sie aufbäumen! Sie mögen sich in Acht nehmen, daß die Entertben, für welche nach den Malthusianern kein Platz am Gastmahl des Lebens ist, nicht schließlich gebieterrisch fordern, was man ihnen verweigert!“

Der dicke Gambetta soll, als er vorstehendes gelesen hat, in Ohnmacht gefallen sein.

An dem Börsenhimmel hängen wieder die Friedensbahngigen. Rußland hat offenbar Angst und sucht einen Ausweg aus der Sachgasse. Daran kein Zweifel. Ob es gelingen wird, ist freilich die Frage. Die englische Regierung hat Alles „Mar zum Geschick“: Volk und Parlament für sich, die Opposition platt an die Wand gedrückt; sie wird die Chancen nicht aus der Hand geben. Daß die russische Regierung das Ungünstige ihrer Position begreift, erhellt aus der plötzlichen Milde gegen die russischen Sozialisten und den gesteigerten Unterdrückungsmahregeln gegen die Polen. In dem neuesten Sozialistenprozeß sind fast alle Angeklagten freigesprochen worden; u. A. auch Fraulein Vera Sassulitsch (das ist der richtige Name) — die junge Russin, welche vor Kurzem auf den Polizeigeneral Treppoff geschossen. Diefes ärger wird in Polen gehaust. Die Verhaftungen mehren sich dort. In Warschau provozirte die Polizei dieser Tage einen Aufruhr mit Studenten, an dem das Volk sich beteiligte und der ziemlich ernsthafte Dimensionen annahm. Man will augenscheinlich einen Aufruhr provoziren, um — deutsche Schutztruppen an die Grenze, vielleicht als Sicherheitspolizei ins Land zu bekommen. Charakteristisch ist, daß bei diesen Warschauer Vorgängen der Panславismus als Regierungshebel herhalten mußte. Wir werden Näheres darüber bringen.

Zu unserer Notiz in voriger Nummer d. Bl. über die Verurtheilung Marbach's zu einem Jahre Gefängniß Seitens des hiesigen Gerichts wollen wir heute noch nachtragen, daß Schritte gethan worden sind, die die Rückgängigmachung des Urtheils und eine Wiederaufnahme des Prozeßverfahrens bezwecken.

Pariser Weltausstellung. Es hat sich in Paris ein Comité gebildet, welches sich zur Aufgabe macht, auswärtige Sozialisten, ohne Unterschied der Nationalität, die die Weltausstellung besuchen, mit Rath und That zu unterstützen.

Der Sitz des Comité's ist bei Herrn Gastwirth Braun, Rue de la Bastille 2, Paris. Alle Anfragen und Anmeldungen sind frankirt an Herrn Braun zu adressiren und können sich dabei die Gefinnungsgenossen der verschiedenen Nationalitäten ihrer resp. Muttersprache bedienen.

Mitglieder des Comité's werden vom 1. Mai an jeden Abend von 8 Uhr ab im vorerwähnten Lokale anwesend sein und im Laufe des Tages eingetroffenen Parteigenossen Wohnung und Kostgelegenheit nachweisen; ebenso wird das Comité gemeinsame Besuche der Ausstellung organisiren.

Um über Nachfragen spezielle Auskunft ertheilen zu können, sind im Comité zahlreiche Professionen vertreten, u. A.: Tischler, Goldarbeiter, Bildhauer, Lederarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Tapezierer, Maler, Uhrmacher, Mechaniker, Photographen u.

Auf mehrfache Anfragen theilen wir mit, daß der Preis für beschriebene Logis 1 bis 2 Francs täglich beträgt.

Man bittet die Besucher, sich mindestens acht Tage vor ihrer Ankunft anzumelden.

Den Anmeldungen ist eine schriftliche Empfehlung eines der bekannteren Parteigenossen oder eines Arbeiterblattes beizufügen.

## Correspondenzen.

Leipzig, 11. April. Mit der Freiheit der Wissenschaft ist es im „einigen deutschen Vaterlande“ nirgends so traurig bestellt, als in dem „aufgeklärten“ Sachsen, in welchem sich die schwärzeste pfäffische Reaktion breit macht. Leipzig, die „Universitätsstadt“, der „Mittelpunkt des geistigen Lebens“, hat sich den traurigen Ruhm errungen, unter allen sächsischen Städten die reaktionärsten Maßregeln gegen Vertreter der Wissenschaft in Anwendung gebracht zu haben. Dr. Dull aus Stuttgart wollte im Laufe der vorigen Woche einige Vorträge über die „Ungöttlichkeit Jesu“, über die Nothwendigkeit des Austritts aus der Kirche und dergl. halten. Es ist zu erwähnen, daß Dr. Dull derartige Vorträge in Württemberg, Preußen\*) und anderen deutschen „Vaterländern“

\*) Hierzu ist zu erwähnen, daß Dr. Dull von der Berliner Polizei wegen „groben Unfugs“, begangen durch die Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche, zu 16 Mark Geldstrafe verurtheilt worden ist. Red. d. „S.“

unbehindert halten konnte, ohne von der Polizei belästigt zu werden. Der Berliner Staatsanwalt Lessendorf, welcher für den „lieben Gott“ gewiß Partei nimmt, wo er dessen Sache gefährdet wähnt, wie der Pfaffenbeleidigungs- und Gotteslästerungsprozeß, welcher gegen den Reichstagsabgeordneten Most angestrengt ist, zur Genüge beweist, konnte an den in Berlin gehaltenen Vorträgen des Dr. Dull selbst durch die schärfste Polizeibrille nichts Gefährliches, „Gotteslästerliches“ oder gar „Staatsgefährliches“ erblicken. Anders dachte der ehemalige Demokrat und Freigeist, jetziger wohlbestallter Leipziger Polizeidirektor Dr. Räder. Von Polizeiwegen ließ er die Abhaltung der Vorträge einfach verbieten. Dr. Dull begab sich zum Polizeidirektor, um Auskunft über die Veranlassung dieser unbegründlichen Polizeimahregeln zu verlangen, wurde aber, da Herr Räder erklärte, sich auf eine Diskussion nicht einlassen zu wollen, an den Kreishauptmann verwiesen. Dr. Dull verfügte sich zu diesem Herrn, von welchem er befehrt wurde, daß die Aufforderung zum Austritt aus der Kirche ungesetzlich sei. Auch der Herr Kreishauptmann wollte sich auf eine Diskussion nicht einlassen und Dr. Dull wurde wieder an den Polizeidirektor verwiesen. Dieser Herr, der seinerzeit, was nicht oft genug wiederholt werden kann, für „Freiheit“ und „Recht“ eintrat, ließ den sein Recht suchenden Dr. Dull durch den Kanzleibedienten aus der Kanzlei hinauspediren! Der Beschwerdebeweg wurde betreten und ist der Erfolg abzuwarten. Es giebt doch nichts Herrlicheres, als die „Einheit des deutschen Reiches“! Was in einem Theile dieses „Einheitsstaates“ erlaubt ist, kann in einem andern Bintel von einem kirchenfreundlichen, fromm gewordenen Polizeidirektor ohne Weiteres und ohne jede gesetzliche Begründung verboten werden. Ein derartiges Vorgehen ist unzweifelhaft ein unbegründliches. Der Austritt aus der Kirche ist gesetzlich gekartet, es besteht ein eigenes Dissidentenrecht, welches die Rechte der „Gottlosen“ wahren soll, und trotzdem und alledem soll die Aufforderung zum Austritt aus der Kirche verboten sein! Dies begreife wer kann! In Rußland oder allenfalls auch in Medlenburg, den Eldorados des Absolutismus, könnte man es begreiflich finden, wenn ein sein Recht suchender per Amtsbiedner zur Thüre hinausbefördert werden würde. In einem „constitutionellen“ Staate, wo es keine „Untertanen“, sondern „Staatsbürger“ geben und der Beamte der Diener des Staates, ergo der Gesamtheit sein soll, ist ein solches Polizeivorgehen der richtige Gradmesser zur Beurtheilung der so sehr gerühmten Freiheit. Dr. Räder kann stolz auf diese seine That herablickeln, er hat durch dieselbe den Unglauben mit Stumpf und Stiel ausgerottet und seinen Freunden, den Priestern, unzählige „Seelen“ gerettet. Wäre er römisch-katholisch, so würde er unfehlbar unter die Heiligen versetzt.

Leipzig, 12. April. In dem bis auf den letzten Winkel besetzten Saale der „Tonhalle“ referirte in der gestrigen Volksversammlung der Reichstagsabgeordnete Hasenclever über die gegenwärtige Session des Reichstags. Redner unterzog das Rückenträumen und die geradezu unmoralische Nachgiebigkeit der Reichsrath der Reichsboten einer vernichtenden Kritik. Der Begriff der Großartigkeit, der im deutschen Volke bezüglich der Volkvertretung herrsche, sei völlig falsch. Zwar sollte der Reichstag, als die Vertretung des gesammten Volkes, geachtet dastehen, er würde und müßte auch geachtet werden, wenn derselbe aus Männern bestände, die sich Achtung zu verschaffen wüßten. Dies sei aber nicht der Fall, und der Reichstag trage selbst die Schuld, wenn er im Volke kein Vertrauen erwecke, sich nach „Oben“ keine Achtung erwerben könne. Während seiner zwölfjährigen Thätigkeit sei der Reichstag nur der Regierung zu Willen gewesen, habe zu Allem, was diese wolle, seine Zustimmung gegeben. Ihre Ohnmacht habe die Reichsvertretung auf das Elantaste bei der Diätenfrage bewiesen. Sieben- bis achtmal sei von derselben der Beschluß gefaßt worden, die Diäten einzuführen, und ebenso oft sei dieser Beschluß vom Bundesrathe abgewiesen worden. Nicht eine einzige energische That habe hiergegen das Parlament gethan; der Ögendruck hätte so leicht durch die Verweigerung des Budgets geleistet werden können. Ein Theil der Schuld, daß die Volkvertretung eine so traurige Rolle spielen könne, falle aber auch auf das Volk. Ein Volk verdiene nicht besser regiert zu werden, als es regiert sein wolle. Wenn nicht lauter Jafager gewählt, wenn Männer mit feitem Raden und unbeuglichem Ruthe in die Volkvertretung geschickt würden, so würde auch letztere sich Achtung zu verschaffen wissen. Redner schildert hierauf das Vorgehen und Benehmen der Reichsboten unliebamen Rednern gegenüber und führt einige Beispiele an, wie Oppositionsmänner ausgelacht und niedergebrüllt (Ewald und Teufsch) worden seien. Des permanenten Schlufantragfabrikanten, „Volksovertreter“ Valentin, welcher während seiner mehrjährigen Wirksamkeit als Reichsbote außer den verhängnißvollen Worten: „Ich beantrage Schluf der Debatte“, noch kein Wort gesprochen, wurde auch, wenn auch nicht rühmend, erwähnt. Redner erwähnt ferner, daß sogar am Bundesratssitze, an welchem die Vertreter der Regierungen zu sitzen pflegen, seit längerer Zeit nur mehr ganz untergeordnete Personen wahrzunehmen seien, welche beauftragt sind, etwelche Fragen der Volkvertretung zu beantworten. Bismarck selbst scheinne eine Abneigung gegen diese Gesellschaft zu haben und komme nur, wenn er seinen Willen durchsetzen, wenn er etwas durchdrücken wolle. Mit der Krankheit des Reichskanzlers, welche zum Vorwand für sein Ausbleiben dient, scheinne es doch nicht so weit her zu sein, denn an den parlamentarischen Bierabenden, an welchen die Herren Volksovertreter bei „Reichskanzlers“ eingeladen sind, sei derselbe ein sehr fiderer Birt. Redner bespricht die Orientdebatte und weist nach, daß trotz des Gelächters, welches die „Liberalen“ während der Rede Liebknecht's veräbten, dieser doch Recht gehabt habe, und daß die seitherigen Ereignisse lehren, daß er die Lage der Dinge besser zu beurtheilen wußte, als selbst der Kanzler des deutschen Reiches, welcher bis längstens 15. März den Congress in sichere Aussicht stellte, während jetzt, Mitte April, vom Congress keine Rede mehr sei, wohl aber der Krieg vor der Thüre stehe. Auf die Steuervorlagen übergehend, erklärt sich Redner gegen jede neue und ganz besonders gegen jede indirekte Steuer. Die „Liberalen“ sehen wohl ein, daß „gespart“ werden müsse, sie wollen aber nicht sparen, wo gespart werden könne, beim Militäretat, sondern machen da und dort unbedeutende, kleinliche Abstriche im Etat. In den Reichen der „Liberalen“ erhoffe man Alles vom Kronprinzen. Derselbe werde, nach Ansicht der „Liberalen“, die zweijährige Dienstzeit einführen und verschiedene andere Freiheiten gewähren. Redner weist aus der Geschichte nach, daß derartige Hoffnungen auf „liberale Kronprinzen“ oft gehegt, aber immer „zu Schanden geworden“ seien. Wenn in den Parlamenten Männer wären, die unerhört für die Freiheit einstehen und immer drängen und fordern würden, so würden schließlich auch die herrschenden Gewalten nachgeben und dem Volke die verlangten Freiheiten gewähren müssen. Scharf und gerecht geht Redner mit den Fortschrittlichen ins Gericht und hält ihnen, von öfteren Bravorufen der Anwesenden unterbrochen, ihre politischen Sünden und ihre Erbärmlichkeit, die mitunter in Gemeinheit ausartet, vor. Ganz

befonders schlecht kommt dabei der hochnäsige, großmäulige „Volksvertreter“ Eugen Richter weg. Redner bespricht und erörtern die Anträge, welche befaßt Gesetzentwürfen von sozialdemokratischer Seite gestellt wurden. Er unterzieht besonders das Wahl- und das Haftpflichtgesetz einer längeren und eingehenden Kritik und weist nach, daß die Anträge der Sozialdemokraten gerecht und billig seien. Redner fordert die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß sich die Partei des Rechtes, die wahre Volkspartei, die sozialdemokratische Partei, welche die Förderung der politischen Freiheit und sozialen Gleichheit auf ihre Fahne geschrieben hat, stets mehr und mehr stark und kräftige. Ohne die soziale Gleichheit sei die politische Freiheit eine Lüge. Wer sich Demokrat nennt, zwar politische Freiheit, aber nicht soziale Gleichheit wolle, der wolle an Stelle der Krone den Schwad legen, unter dem Scheine der Freiheit ein Privilegium zur Volksausbeutung haben. Zum Schlusse fordert Redner auf, fest und unentwegt für die Prinzipien der sozialdemokratischen Partei zu wirken und einzustehen. — Es ist dies selbstverständlich, in Anbetracht des beschränkten Raumes, nur ein kurzer und magerer Auszug aus dem fast zweistündigen, sehr gebiigen Referat, welches mehrmals von donnerndem Applaus unterbrochen wurde.

Der Vorstehende, Hablich, gab bekannt, daß Viebnecht, der ebenfalls als Referent angezeigt war, abgehalten sei, das versprochene Referat zu halten. Er erwähnte der Polizeilebenswürdigkeiten, welchen die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei in Sachsen und ganz besonders in Leipzig ausgesetzt sind. Aber auch wissenschaftliche Vorträge, welche in Berlin gehalten werden dürfen, ohne daß die Stadt in die Luft gezogen sei, wurden in Leipzig von dem Polizeidirektor, der früher selbst ein „großer Demokrat“ gewesen sei, verboten. Buchhändler Fintel (Fortkritler) erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten im Wesentlichen einverstanden, obgleich er die der Fortschrittspartei gemachten Vorwürfe für ungerechtfertigt hält. Wegen der neuesten Polizeimaßregel verurtheilt Redner entschieden das Vorgehen des Polizeidirektors. — Dr. Dull erklärt, er habe eine Jagd mit den Polizeibehörden zu bestehen gehabt. Der von ihm beabsichtigte wissenschaftliche Vortrag sei vom Polizeidirektor einfach verboten, er selbst aber von Pontius zu Pilatus geschickt worden, ohne mehr als abschlägige Antworten zu erhalten; schließlich habe ihn der Polizeidirektor durch den Amtsdieners aus der Kanzlei hinausbesördert lassen. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung mit dem Ausdruck der größten Mißbilligung aufgenommen.

Redakteur Ludwig Werner kritisierte das Vorgehen des Polizeidirektors gegen Dr. Dull. Herr Dr. Rüder sei auch einmal ein glühender Revolutionär gewesen, habe auch ein Blatt herausgegeben, in welchem er die freiesten Ansichten verteidigt habe. Das sei anno domini gewesen. Jetzt sei Dr. Rüder Polizeidirektor mit 9000 Mark Jahresgehalt und Hausbesitzer, habe auch seine „Jugendfeiern“ vergessen und wolle Ruhe haben und nicht an sein ehemaliges Thun und Treiben erinnert werden. Im Jahre 1848 sei von den damaligen Parteigenossen des Dr. Rüder ein Antrag auf Abschaffung aller derartigen Beschränkungsregeln eingebracht worden, für welchen auch Dr. Rüder sich begeistert habe. Freilich sei ein großer Unterschied zwischen einem Revolutionär von 1848 und einem königl. sächsischen Polizeidirektor von heute. Nachdem noch mehrere Redner sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt hatten, wurde die Versammlung unter Hinweis auf den 11. April, den Geburtstag Lassalles, geschlossen. Auf Aufforderung des Vorstehenden wurde nach Schluß der Versammlung die Arbeiter-Marschllasse von den Versammelten angestimmt.

Alle diejenigen Genossen, welche noch Listen für den Wahlfond in Händen haben, werden ersucht, dieselben nebst den gezeichneten Beträgen binnen acht Tagen einzusenden.  
Hamburg, 13. April 1878.  
August Weib, Niddingmarkt 12.

**An die Partei- und Gesinnungsgenossen des Reichstags-Wahlkreises Minden-Lübbecke.**

Da die Wahl des Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Minden-Lübbecke, Herrn von Nathusius-Ludow, vom Reichstag für ungültig erklärt worden ist, und in Folge dessen in nächster Zeit eine Neuwahl in unserem Wahlkreis stattfinden wird, so erlauben wir alle Partei- und Gesinnungsgenossen, welche sich für die Wahl eines Arbeiter-Candidaten interessieren, zu der am zweiten Oftertage in Lübbecke, Vormittags 10 Uhr, stattfindenden Konferenz einen oder mehrere Delegirte zu entsenden.  
Die in der Konferenz besuchenden Genossen haben sich durch ein von mehreren Genossen unterzeichnetes Mandat, oder durch die letzten drei Nummern des „Vorwärts“ oder der „Lübbecke“ zu legitimiren.  
Sorge ein Jeder für zahlreichem Besuch der Konferenz, dann werden wir im Stande sein, planmäßig agiren zu können und der Erfolg wird nicht ausbleiben.  
Mit soz.-dem. Gruß  
Für den Vorstand des soz.-dem. Wahlvereins in Minden:  
Goitfried Siepert.  
NB. Das Lokal wird in nächster Nummer bekannt gemacht werden.  
D. D.

**An die Parteigenossen in den Wahlkreisen Hanau-Oberhessen, Offenbach-Dieburg und Höchst-Mingen!**

Den Genossen zur Nachricht, daß Parteigenosse Hermann Bange aus Altona längere Zeit in oben benannten Kreisen agitatorisch thätig sein wird und sind daher etwaige Wünsche befaßt Abhaltung von Versammlungen an den Unterzeichneten zu richten.  
Hanau, 10. April.  
Matthias Daßbach, Schloßgasse 5.

**An die Parteigenossen im Großherzogthum Hessen!**

Da die Genossen aus verschiedenen Orten des Großherzogthums Hessen zu dem in Nr. 40 des „Vorwärts“ angeregten Delegirten-Tage ihre Zustimmung gegeben und es den hiesigen Genossen überlassen haben, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, so werden die betreffenden Delegirten ersucht, sich Sonntag, den 5. Mai, hier einzufinden. Der Delegirten-Tage findet in der Restauration des Herrn Ofterath, Ecke der Mühl- und Hundethurmstraße statt und wird Vormittags 10 Uhr eröffnet.  
NB. Die Parteigenossen allerorts werden dringend ersucht, den Delegirten-Tage zu beschiden.  
H. A.: L. Weg.

**Höchst a. M., 11. April, Montag, den 22. April, Vormittags 10 Uhr, findet hier eine Delegirten-Konferenz für den 1. nassauischen Wahlkreis Höchst-Mingen im Gasthaus „zum Frankfurter Hof“ zu Höchst a. M. statt. Tagesordnung: 1) Die Agitation für die nächste Reichstagswahl. 2) Bildung volksthümlicher Wahlvereine. 3) Verbreitung der Parteipresse und der sozialistischen Broschüren. 4) Besprechung weiterer Anträge. — Die Parteigenossen unseres Wahlkreises eruchen wir dringend, recht zahlreich auf der Konferenz zu erscheinen. Auch bitten wir zugleich höflich, die Parteigenossen des 2. nassauischen Wahlkreises, sowie Frankfurt und Bodensees, uns durch ihre Theilnahme an der Delegirten-Konferenz nach Kräften zu unterstützen.  
H. A.: Der Einberufer.**

**Allgemeiner Arbeiter-Länger-Bund.**  
Den Gesangsvereinen diene zur Nachricht, daß unser Genosse G. Scholz zu dem von J. Wudorf gebildeten Gesangsclub eine schöne Melodie componirt hat, die möglichst in der vierten Lieferung der Liedersammlung erscheinen soll; daher die Vereine das alte Lied: „Wie sie so laut rud'n“ sich nicht anzuschaffen brauchen.  
Welche treffliche Compositionen Herr G. Scholz den Arbeiter-Gesangsvereinen schon geschrieben hat, können die Vereine beurtheilen, welche die drei erschienenen Lieferungen der Liedersammlung sowie die Solo-Quartette, von denen besonders „Kein Wieder“ hervorzuheben ist, gelungen haben; sie dürfen daher überzeugt sein, daß auch obiges Gedicht entsprechen wird.  
Gotha. Emil Sauerberg, Vorständler.

**Briefkasten**  
der Redaktion. A. H. in Königsberg: Wir haben keinen Grund, die Kechtheit des in der Steirer Correspondenz mitgetheilten Circulard anzuzweifeln. Ob des „Obervorstehers“ oder der „Vorsteher“ der Steirer Kaufmannschaft des Circular erlassen hat, scheint uns völlig nebensächlich. — A. H. in Halle-Stadt: Nur Geduld, lieber H., Geduld! Wir haben mehrere Artikel zu präsen. — H. P. in Plogitz: Sollten denn in Plogitz „optische Gläser“ und „Wasserwaagen“ nicht zu haben sein, daß sie im „Vorwärts“ nach Verkauf dieser Artikel suchen müssen? — H. in Oderitz: Der eine Staatsanwalt findet das Gedicht strafbar, der andere nicht. Berufen Sie sich darauf, daß das Gedicht in ganz Deutschland unbeankstandet verkauft wird. — G. S. . . . i Minden. Selbstverständlich können in Versammlungen Vorlesungen aus der „Zukunft“ oder sonstigen Schriften gehalten werden.  
der Expedition. Wahlverein Renabrid. Sie schulden für Annonce 1,60 M.  
Quittung. Lgs Hannover Nr. 3,60. Engl Meadnit Ab. 40,00. Rohl hier Ab. 24,00. Geruhn Lindenan Schr. 6,73. Hft Apolda Ab. 16,00. Jnst Forje An. 1,50. Egd Göhny Ab. 4,05. E. Wuhld Adelaide Ab. 40,80. Whmann Bodenheim Ab. 5,60. Benmann Himm Ab. 7,50. Neu Frankfurt a. M. Schr. 65,00. Mhlyn Plauen Schr. 6,75. Ahnn hier Ab. 4,00. Prbst München Ab. 22,50. Jems Philadelphia Schr. 20,00. H. Frankfurt Ab. u. Schr. 11,80. Dgt Danyg Ab. 12,00. Hft Wien Ab. 13,33. Dan Freistein Ab. 3,17. Fr. Preffe Magdeburg Ab. 219,00. Wittg Altona Ab. 80,00. W. Rgtz New York Ab. 74,50. Schmpf Connewitz Platate 1,25. App. Luadenbrück Schr. 3,10. Gfhr. Lemberg Schr. 0,85. Ems Wittweida Schr. 1,00. Hnt. Rederde Schr. 0,70. Eng. Brandenburg Schr. 2,80. Behrdt. hier Schr. 3,95. Hltack Düsse dorf Schr. 2,50. Oldwp. Wittweida Schr. 3,00. Edl. Teuchern Schr. 7,90.

In der am Dienstag, den 19. Februar stattgehabten Versammlung der Interessenten des „Volksfreund“ wurden folgende Anthellscheine ausgelost:  
Nr. 194, 6, 123, 299, 72, 24, 39, 125, 209, 183, 134, 173, 63, 163, 115, 87, 86, 120, 4, 29.  
Die Zeit der Auszahlungen vom 1. April bis 1. Juli. Nach diesen Tagen finden Auszahlungen auf vorgenannten Nummern nicht mehr statt. Die Inhaber der betr. Anthellscheine gehen dann vielmehr ihres Anspruches verlustig.  
Geschenk wurden dem Fonds des „Volksfreund“ bis jetzt 30 Anthellscheine.  
Gegen Zurückgabe des Anthellscheins können die gezogenen Nummern zu jeder Tageszeit bei H. Prinz, Heiligkreuzgasse 10, eingelöst werden.  
Frankfurt a. M., im April 1878.  
Die Zeitungskommission.

**Wir empfehlen;**  
**W. Viebnecht**  
**Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie**  
insbesondere mit Bezug auf den Reichstag.  
Preis per Exemplar 10 Pfg.

Es ist dies die Broschüre, welche zu dem in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ erwähnten Rencontre zwischen dem Abgeordneten Richter und Viebnecht in der Sitzung des Reichstags vom 10. ds. Anlaß gegeben hat.  
Leipzig. Expedition des „Vorwärts“.  
Färberstraße 12. II.

Im Verlage von Wilhelm Ribbl in Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

**Erlebtes.**  
**Skizzen und Novellen**  
von  
**Wilhelm Hasenclever.**  
Mitglied des deutschen Reichstags.  
16 Bdg. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.  
In beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direct von der Verlagsbuchhandlung gegen Einsendung von M. 1,20 direct per Post franco.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

**Armer Conrad.**  
**Preisherabsetzung.**  
Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.  
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.  
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.  
Die Expedition des „Vorwärts“.



Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

**Die Behandlung**  
der  
**Politischen Gefangenen in Bayern.**  
Prozeß Franz Rohleders.  
Zusammengestellt nach stenographischen Berichten  
von  
**Sigmund Polizer**  
Redakteur des „Friedrichs“.  
Preis 20 Pfg.  
Der Ertrag ist für die Frauen und Kinder Inhaftirter bestimmt.

Durch uns ist zu beziehen:

**N. Tchernyehewsky: L'Économie politique**  
jugée par la science,  
critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.  
492 pages. Prix 1,50 M.

Zur Agitation wie zur Gewinnung von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stk. 10 Pf., zu 30 Stk. 20 Pf., zu 60 Stk. 30 Pf., über 60 bis 300 Stk. per Packet 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „Vorwärts“ von uns zu beziehen.  
Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls a. Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.  
Leipzig. Expedition des Vorwärts.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Mendnis-Stritzg. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

**Öeffentliche Quittung.**

Seit dem 1. d. M. habe ich für nachbenannte Fonds vereinnahmt:

a) Agitationsfond:  
Schleswig gesammelt von den Metallarbeitern M. 6,95; do. durch H. Schlichting 5,45; Ulm erparte Geburtsdagsgelder einer geheimen Sozialistin 40,00, desgl. 13,00; Würzburg durch H. Lampert 21,10; Gotha d. Giesede 0,80; Augsburg Liste 1 d. Endres 10,70, desgl. Liste 2 5,40; Iwidau von Regold b. Seibert 0,50.

b) Unterstützungsfond:  
Braunschweig d. Louis Boße 5,00; Barmstedt d. H. Pflughaupt 4,00; Langendiebach d. W. Kreeß 6,00; Grafenberg (Düffeldorf) d. H. Niese 7,95; Hamburg diverse d. E. Neumann 13,45; do. vom Ball des Schneider-V. 8,71; do. v. Tischlerball durch Rücknagel 13,01; do. v. Süßens 2,40; do. v. d. Liedertafel der Forme 3,60; do. v. Praast 3,00; do. v. Lassalle's Geburtsdag 54,00; Leipzig von diversen d. Hablich 95,93; do. d. H. Rebel 19,54; Raumburg a. S. d. C. Rosemann 5,70; Hirschberg i. Schl. Zellerfammlung 2,50; do. Privatfammlung 1,50; do. Ueberfchuß eines Arbeitererugnißens d. A. Aschenborn 3,30; Salzgungen auf Listen d. M. Bodechiel 6,71; Treuen d. Auer von einem Parteigenossen 3,00; Wittgensdorf auf Liste d. Alban Spindler 7,00; Erlangen Liste 2793 u. 2795 d. H. Kaufmann 13,70; do. gelbeim Lanzekeuzchen des Bürgerbundes 5,80; Ottenfen d. Jacobs 1,60; Coburg Ueberfchuß des gemeinschaftl. Generschaftsfestes d. Seiler 7,20; Sorau durch H. Jant 10,00; Hannover durch H. Rudolph 60,00; Plogwitz d. E. Schröder 50,50; Kaiserlautern d. A. Blümm v. mehreren Genossen 2,09.

c) Wahlfond:  
Barmstedt Liste 3204 bis 3206 M. 5,80; Eppendorf Liste 3217 d. Bremen 31,00; Hamburg auf Listen d. E. Neumann 17,10; do. d. Richts 4,00; Kaufmannere Liste 2823 d. E. Neuhäuser 3,15; Lindenau Liste 3189 u. 3190 d. J. Bachmann 10,15, u. zwar v. Eigorius' Eig.-F. 4,55 u. d. Fiedler in Selterhausen 5,70; Wühtheim a. Rhein Liste 2862 d. F. Wehmann 8,00; do. Liste 2863 22,00; do. Ludwigsbafen Liste 2974 d. F. Gramann 11,70; Görlitz Liste 2989 d. J. Ulrich 4,80; Hildeheim Liste 2999 d. Hilder 6,30; Welfenkirchen Liste 3010 d. Tenbaef 6,00; Lechhausen Liste 3191 d. Lichtensteiger 4,00; Bodenheim Liste 3032 d. Wolf 2,90; Wiegitz Liste 3028 d. Brasser 5,30; Berlin Eig.-F. Braunnig & Weße d. Preher 15,00; Planen i. B. Liste 3050 d. J. Bauer 1,10; do. Liste 3051 3,34; do. Liste 3052 11,59; do. Liste 3174 2,40; Wistegiersdorf Liste 2937 d. Carl Hilbert 7,45; do. Liste 2938 17,90; do. Liste 2939 13,65; Neu-Stenburg Liste 2866 d. S. Antkötter 5,00; Einfiedel Liste 4634 d. F. A. Müller 5,00; Großfch auf zwei Listen d. W. Reichelt 18,78; Eimshorn Liste 3215 d. C. H. Damer 4,40; do. Liste 3213: 7,75; Sorau d. H. Jant 10,00; Hferloh gef. v. C. Mayer II, Gravenur, 2,50; do. v. Augustin u. C. Mayer I. 8,25; do. v. Frey Bed 1,00; (in der Quittung vom 31. März muß es unter Hferlohn statt Tieberg; Sieberg heißen); Schwab.-Hall Liste 3081 d. F. Esser 3,15; do. Liste 3082: 8,35; Liste 3083: 15,80; Heberath Liste 2874 d. A. Söyngen 7,70; do. Liste 2875: 1,30; do. Liste 2876: 5,00.

**Leipzig, Donnerstag, den 18. April, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Büchsenstraße 7:**  
**Sozialistenversammlung.**  
Tagesordnung: Wahl der Preßcommission. Fragelistentebatte. Karten sind vorzulegen.  
Der Agent.

**Mittwoch, den 17. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Leipzig. „Trionon“ des Herrn Restaurateur Richter, Rosalag 9:**  
**Versammlung**  
der Dissidenten von Leipzig und Umgegend.  
Tagesordnung: 1. Statutenberathung. 2. Vortrag.  
Recht zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Das Comité.

**Elisabeth Eskellson**  
**Carl Deroff**  
Verlobte.  
Hamburg, 14. April 1878.

**Lager roher Tabake**  
en gros & en detail  
**Heymann, Niederstraße 120, Hamburg.** [090]